



Jahrbuch
Menschenrechte
2001

Herausgegeben von

Gabriele von Arnim, Volkmar Deile, Franz-Josef Hutter,
Sabine Kurtenbach und Carsten Tessmer

in Verbindung mit

deutsche Sektion von
amnesty international
Ludwig-Boltzmann-Institut
für Menschenrechte (Wien)
Institut für Entwicklung und Frieden
(Duisburg)

Suhrkamp

Jahrbuch Menschenrechte 2001, S. 355-366.

Mary Robinson

Die Menschenrechtslage in
Tschetschenien
(Russische Föderation)

Bericht an die Menschenrechtskommission
(MRK) der Vereinten Nationen*

Bereits in meiner Eröffnungsrede der diesjährigen 56. MRK-Sitzung habe ich mich auf die Menschenrechtslage in Tschetschenien bezogen. Ich informierte die Kommission darüber, daß ich eine Besuchsmöglichkeit für die Region gesucht hatte – was von den russischen Behörden akzeptiert wurde –, um ernsthaften Anklagen von Menschenrechtsverletzungen nachzugehen. Dieser Besuch erstreckte sich auf Inguschetien, Dagestan und Tschetschenien; eine Vielzahl von Treffen in Moskau sowohl vor als auch während meiner Mission gehörte ebenfalls dazu. Solche Treffen hatte

* Mary Robinson berichtete am 5. April 2000 der MRK über ihren Aufenthalt vom 31. März bis zum 4. April 2000 in der Russischen Föderation, insbesondere in Inguschetien, Dagestan und Tschetschenien. – Quelle: <http://www.unhchrch>.

ich mit russischen Regierungsmitgliedern, mit Vertretern von russischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie internationalen Organisationen.

Vorüberlegungen

Ausschlaggebend für meine Bestrebungen, diese Region zu besuchen, waren mehrere Gründe; mein Mandat als Menschenrechtshochkommissarin der Vereinten Nationen (UN), die internationalen Menschenrechtsstandards, frühere Vorschläge der MRK im Hinblick auf Tschetschenien, die Position der russischen Regierung sowie Vorschläge, die mir von Menschenrechtsorganisationen gemacht wurden.

Mein Mandat verlangt von mir, die effektive Inanspruchnahme aller bürgerlichen, kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte zu schützen und zu fördern; bei der [Seitenwechsel] Beseitigung aller gegenwärtigen Hindernisse und allen gegenläufigen Bestrebungen für die volle Verwirklichung aller Menschenrechte eine aktive Rolle zu spielen; präventiv tätig zu werden gegen die Fortdauer von Menschenrechtsverletzungen überall auf der Welt; mich schließlich in einen Dialog mit allen Regierungen zu begeben zum Zwecke der Umsetzung meines Mandats mit der klaren Perspektive, den Respekt für alle Menschenrechte sicherzustellen. Meine Kontakte mit der Regierung der Russischen Föderation, meine

öffentlichen Stellungnahmen, mein Angebot, einen persönlichen Gesandten zu entsenden, mein Besuch in Tschetschenien – all dies geschah im Kontext meines Mandats.

Im Blick hatte ich dabei stets den ganzen Corpus der *internationalen Menschenrechtsstandards* und des humanitären Völkerrechts, ebenso die MRK-Diskussionen über fundamentale Grundsätze, die in allen Situationen Gültigkeit haben.

Auch erinnerte ich mich an *frühere Vorschläge der MRK* aus ihrer Beschäftigung mit der Menschenrechtssituation in Tschetschenien. Die MRK hatte in Reaktion auf die Situation von 1995 und 1996 schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien festgestellt und sich diesbezüglich an die russische Regierung gewandt, womit sie nach meiner Ansicht der russischen Regierung eine besondere Pflicht zur Sorge um die Einhaltung der Menschenrechte auferlegt hat.

Am 24. April 1996 hatte die MRK einer Stellungnahme ihres Vorsitzenden einvernehmlich zugestimmt, die ein breites Spektrum von Mißständen benannte: die unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch Truppen der Russischen Föderation, schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, die hohen Opferzahlen, das Leid der unbeteiligten Zivilbevölkerung und der zahlreichen Vertriebenen, die schwere Zerstörung tschetschenischer Städte und Dörfer.

Die MRK bat meinen Amtsvorgänger als Menschenrechtshochkommissar dringend um fortwäh-

rende Konsultationen der russischen Regierung bezüglich der Situation in Tschetschenien, um die Implementierung der in jener einstimmig beschlossenen Stellungnahme genannten Ziele der internationalen Gemeinschaft sicherzustellen und um vertrauensbildende Maßnahmen basierend auf der Beachtung der Menschenrechte zu fördern.

Die *von russischen Regierungsmitgliedern vertretenen Positionen*, die auch in dieser Kommission geäußert worden waren, [Seitenwechsel] hatte ich dabei stets im Hinterkopf. Mir war bewußt, daß Repräsentanten der Russischen Föderation die Bewahrung der territorialen Integrität ihres Staates als besonders bedeutsam betonten, ebenso die Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung und der vollen Garantie der Rechte und Freiheiten der Bevölkerung. Ebenfalls wurde angeführt, daß die Föderationstruppen kämpften, um eine Hochburg des internationalen Terrorismus zu eliminieren. Es hieß, daß die russische Führung in Tschetschenien innerhalb der völkerrechtlichen Grenzen handelte und daß alle denkbaren Maßnahmen ergriffen wurden, um die Schäden für die Zivilbevölkerung so gering wie möglich zu halten. Auch wurde auf die Einrichtung des Büros eines Sonderbeauftragten des russischen Präsidenten zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Tschetschenien verwiesen, ebenso auf die Einbeziehung von Experten des Europarats. Schließlich wurden auch Besuche in Tschetschenien durch internationale Delegationen und die Akkreditierung

einer großen Zahl ausländischer Korrespondenten angeführt.

Mein Büro erhielt, als *Ausdruck der internationalen Besorgnis*, zahlreiche Vorschläge nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen, in denen detaillierte Analysen zahlreicher schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen enthalten waren. Vor meiner Abreise übergab ich der russischen Regierung eine Liste der ernsthaftesten in diesen Vorschlägen enthaltenen Anklagen von Menschenrechtsverletzungen und machte dabei klar, daß ich mir über diese Punkte während meiner Reise Klarheit verschaffen wollte. Ich würde die Aufmerksamkeit der MRK insbesondere auf jene Besorgnisse lenken, die von MRK-Experten ausgedrückt worden waren und jener Liste zusammengefaßt beigefügt wurden. Über die Situation in Tschetschenien habe ich mich mehrfach öffentlich geäußert, sowohl alleine als auch zusammen mit anderen, beispielsweise dem OSZE-Generalsekretär, dem Hochkommissar für nationale Minderheiten der OSZE und dem Generalsekretär des Europarats.

Meine Mission

Gleich bei meiner Ankunft in Moskau am 31. März hatte ich Gespräche mit internationalen humanitären Organisationen, die im [Seitenwechsel] Nordkaukasus tätig sind, sowie mit russischen und internationalen NGOs. Von den russischen NGOs

traf ich mit Vertretern des Menschenrechtszentrums *Memorial* und der *Organisation der Soldatenmütter* zusammen. Außerdem hatte ich Gespräche mit dem russischen Ombudsmann Oleg Mironov, der mich später ebenso in den Kaukasus begleitete wie der Sonderbeauftragte des Präsidenten, Vladimir Kalamanov. Ich möchte öffentlich meine Anerkennung für seine und Herrn Mironovs Hilfe ausdrücken, ebenso für die der russischen Behörden und der Regierungen von Inguschetien und Dagestan.

Am 1. April reiste ich in die inguschetische Hauptstadt Nazran, wo ich Sleptovskaja besuchte, das Lager für Binnenvertriebene. Ich sah das Hauptlager, wo Tausende in Zelten lebten; auch sah ich einige der 96 Eisenbahnwaggons, in denen nochmals einige 4000 Vertriebene hausen müssen. Ein Waggon, den ich mir näher ansah, beherbergte 45 Menschen aus 16 verschiedenen Familien, die mir erzählten, daß sie dort schon seit sechs Monaten lebten. Zahlreiche Flüchtlinge, hauptsächlich Frauen, wandten sich in ihrer Verzweiflung hilfesuchend an mich. Sie waren zutiefst besorgt darüber, was die Zukunft noch alles für sie bereithalten könnte. Sie sorgten sich um vermißte Verwandte, insbesondere um jene, die in bombardierten Städten und Dörfern zurückgeblieben oder in Haftanstalten verbracht worden waren, um fehlende Gesundheitsvorsorge, um Reisebeschränkungen und um Schwierigkeiten mit ihren Ausweispapieren.

Ich traf Präsident Anshev, der mir von den Bemühungen seiner Regierung berichtete, mit der Flut von Binnenflüchtlingen aus Tschetschenien zurechtzukommen, deren Gesamtzahl nach seriösen Schätzungen bei 213 000 liegt, und von den schwerwiegenden Beeinträchtigungen, die dies für die lokale Wirtschaft und für die Gastfamilien bedeutet.

Während meines Besuches in der Region wurden mir Anklagen von Massentötungen zugetragen, von summarischen Hinrichtungen, Vergewaltigungen, Folter und Plünderungen. Am Abend des 1. April bekam ich aus erster Hand Bestätigungen durch Zeugen dieser beklagten schlimmen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien. Diese unmittelbaren Angaben und persönlichen Zeugnisse betrachte ich als den signifikantesten Teil meines Besuches, weil sie die Seriosität und Reichweite der Anklagen von Menschenrechtsverletzungen durch russisches Militär, Milizen [Seitenwechsel] und die Truppen des Innenministeriums (OMON) in Tschetschenien untermauern. Einige Stunden lang hörte ich die Schilderung furchtbarer Vorgänge durch direkte Zeugen. Man gab mir fotografische und Videobeweise und jene, die selbst verletzt worden waren, zeigten mir ihre Wunden und Narben. Diese Menschen waren offensichtlich traumatisiert durch das, was sie erlitten hatten, und sie waren noch immer angsterfüllt, doch gaben sie detaillierte und präzise Antworten auf die gestellten Fragen. Dabei waren sie ernsthaft um möglichst

große Genauigkeit bemüht, doch selbstverständlich bedürfen die gemachten Angaben gründlicher Untersuchung und Überprüfung.

Drei dieser persönlichen Zeugnisse will ich hier schildern, weil sie mich zutiefst schockierten, auch im Hinblick auf ihre Implikationen über die Art und Weise, wie dieser Feldzug in Tschetschenien durchgeführt wurde.

Ich hörte den Zeugenbericht einer Frau, die mit zwei anderen am 21. Januar in den Distrikt Staropromoslovski in Grosny zurückging, um in ihren Häusern nach dem Rechten zu sehen. Sie beschrieb Beschimpfungen an den Kontrollpunkten, Beleidigungen, Wegegelderpressungen; schließlich wurden allen drei Frauen die Augen verbunden durch Truppen, die sie als Teil der regulären Armee bezeichnete. Sie wurden in ein zerstörtes Haus geführt, wo ihnen die Augenbinden abgenommen wurden. Die Zeugin beschrieb, wie sie verzweifelt um ihr Leben fleht, wie dennoch die erste Frau erschossen wurde und Teile ihres Gehirns, aus dem Kopf traten; wie dann der zweiten Frau in den Kopf geschossen wurde und wie schließlich auf sie selbst geschossen wurde; doch die Kugel durchdrang ihre Schulter und sie brach zusammen. Sie erinnerte sich, daß ihr, der halb bewußtlosen Frau, Ringe und Ohrringe abgenommen und die Kleider nach Geld durchsucht wurden. Ihre nächste Empfindung war, daß an ihrem Bein Feuer zu spüren war, nachdem auf die drei Körper Matratzen geworfen und angezündet worden waren. Irgendwie schaffte sie es,

hinwegzukriechen und in einen Keller gebracht zu werden, wo sich schon andere Menschen versteckten. Schließlich fand sie sogar ihre Familie wieder. Ihre Verwundungen sind gravierend und bedürfen gründlicher Pflege.

Das zweite Zeugnis, das ich anführen möchte, stammt von einer Frau und einem Mann, die mir berichteten, daß sie in Novi Aldi Massentötungen durch Milizen oder OMON-Spezialtrup-[Seitenwechsel]pen erleben mußten. Die Frau bezeugte, daß die Truppen zahlreiche Menschen töteten, einschließlich Kinder und alter Leute. Sie war Augenzeugin, als ein Mann erschossen wurde, dem sie zu helfen gesucht hatte. Dann half sie beim Begräbnis der Leichen; sie zeigte mir Fotografien dieser Begräbnisse, die ein Freund gemacht hatte. Der Mann berichtete, daß es derart viele Leichen nach den Morden von Novi Aldi gegeben hatte, daß diese gar nicht so schnell begraben werden konnten, wie es nötig gewesen wäre. Am 9. Februar beschlossen sie, von den noch nicht begrabenen Körpern Videoaufnahmen zu machen, damit ein Beweis über das Ausmaß der Tötungen vorläge. Der Zeuge bestätigte auch, daß OMON-Truppen diese Morde ausgeführt hatten.

Die dritte Zeugenaussage, die ich hier anführen möchte, stammt von einer Frau, die Professorin für Linguistik an der staatlichen Universität von Tschetschenien war und im Stadtteil Katyr-Yama in Grosny lebte. Sie versuchte mit ihrer Familie dort zu bleiben, in der Hoffnung, daß die Gewalt

bald ein Ende fände; doch am 25. Oktober [1999] hielten sie es nicht mehr aus und entschieden, daß sie gehen mußten. Sie hatten auf einen versprochenen humanitären Korridor gewartet und sahen sich nun in einer Schlange von mehreren hundert Autos vor einem Kontrollpunkt. Ein Oberst kam und sagte ihnen, daß es keinen humanitären Korridor gebe und sie zurückkehren sollten, Daraufhin wendeten sie – langsam, wegen der Vielzahl der Autos – und begannen ihre Rückfahrt. Plötzlich fühlte die Frau einen Schlag, die Autofenster zersplitterten. Obwohl sie eine Kopfverletzung hatte, schafften sie und ihre Familie es, aus dem Wagen zu kommen und sich in einem Straßengraben zu verstecken. Flugzeuge flogen langsam heran, eine Welle nach der anderen, und bombardierten den Autokonvoi. Sie wußte, daß ihr ältester Sohn in einem Wagen weiter hinten in der Schlange war, und versuchte ihn zu finden. Auf ihrem Weg sah sie viele tote und zerstückelte Körper. Später am Tag griffen die Flugzeuge nochmals an, und diesmal waren die Schäden noch größer. Dies geschah in der Nähe des Dorfes Shaami-Yurt.

Andere Zeugnisse gaben detaillierte Beschreibungen von Tötungen in Gekhi-Chu und Tangi-Chu; von Folterungen und Mißhandlungen an inhaftierten Personen in Urus Martan und bei Achkoi Martan; Tötungen und Plünderungen in Katar-Jurt; darüber hinaus von zahlreichen Vergewaltigungen und Plünderungen. [Seitenwechsel]

Am 2. April besuchte ich Tschetschenien. Ich hatte darum gebeten, eine Vielzahl von Örtlichkeiten besuchen zu können, doch wurde mir mitgeteilt, daß ich aufgrund des Wetters und aus Sicherheitsgründen nur den Distrikt Staropromoslovski in Grosny besuchen konnte. Ich hatte auch um den Besuch anderer Haftlager als Chernokozovo nachgesucht, das ich bereits kannte. Jedenfalls beherbergte das Lager, das ich dann wirklich besuchen konnte, lediglich zwei Frauen, die der Plünderung angeklagt waren. In Grosny wurde ich von einem General und dem Kommandanten der dort stationierten Armee-Einheit begleitet. Dort traf ich mit dem Geschäftsführenden Chef der Administration zusammen, mit dem Bürgermeister von Grosny und dem Stellvertretenden Staatsanwalt.

Ich besuchte ein Krankenhaus sowie einige der wieder erstehenden Märkte, und ich brachte es auch fertig, mit einigen der in Grosny verbliebenen Einwohner zu sprechen. Sie beschwerten sich bitterlich über die Lücken in der Nahrungsmittelversorgung und über ihre miserablen Lebensbedingungen. Viele waren in Sorge über das Schicksal verschleppter Verwandter. Heftige Kritik wurde an den tschetschenischen Kämpfern laut, die sich nicht um das Wohl der Zivilbevölkerung scherten. Eine tschetschenische Frau betonte: »Wir sind nicht alle Banditen.«

Das Ausmaß der Zerstörung Grosnys ist schockierend, auch für jene, die davon bereits Fernsehbilder gesehen haben. In der Stadtmitte findet sich

kaum ein großes oder kleines Gebäude, das nicht zerstört oder zumindest schwer beschädigt wäre. Der Anblick einer in Schutt und Asche gelegten Stadt, die einst in der ganzen Region des Kaukasus berühmt war, symbolisiert die verheerenden Wirkungen dieses Konflikts.

Von Grosny aus flog ich nach Makhachkala, der Hauptstadt von Dagestan. Dort traf ich mich mit Präsident Magamedov und Vertretern seiner Regierung. Das schlechte Wetter hatte mich daran gehindert, im Grenzgebiet zu landen, wo es Gefechte mit tschetschenischen Kämpfern gegeben hatte. Doch ich konnte mit zwei Vertreterinnen von Frauengruppen zusammentreffen, die das Vorgehen der tschetschenischen Kämpfer mit drastischen Worten kritisierten, wie es auch der Präsident tat. Das Trauma von Angriffen auf eine Republik, die vorher freundschaftliche Beziehungen zum tschetschenischen Volk unterhalten hatte, war offensichtlich. Mir gegenüber wurde die Ansicht vertreten, daß die [Seitenwechsel] internationale Gemeinschaft nur unzureichendes Interesse an den schweren Gewalttaten gegen das dagestanische Volk gezeigt hatte, die während der Gefechte bedeutsame Zahlen von toten oder vertriebenen Dagestani in den betroffenen Regionen verursacht hatten.

In Moskau wurde ich dann von einer ganzen Reihe von Ministern der Föderation empfangen: vom Stellvertretenden Premierminister Sergej Shoigu, zu dessen Ressort Fragen der Zivilverteidi-

gung, Notfälle und Naturkatastrophen gehören; vom Außenminister Igor Ivanov; vom Innenminister Vladimir Rushailo und vom Justizminister Jurij Chaika. Auch hatte ich Gelegenheit, den Ersten Stellvertretenden Kommandeur der Streitkräfte zu treffen, General Manilov, und den Generalstaatsanwalt der Streitkräfte, General Demin.

Die wesentlichen Angaben über die Position der russischen Regierung, die – neben den oben bereits angeführten – sich aus diesen Gesprächen herauskristallisierten, lauteten wie folgt. Die russische Regierung glaubt, daß sie alles tue, was man von ihr erwarten könne, damit Vertreter des Auslands Zugang zur Konfliktregion bekämen; daß den Menschenrechtsverletzungen der tschetschenischen Kämpfer nur unzureichende Aufmerksamkeit zuteil werde. Es wird eingestanden, daß es durch manche Militärs zu Menschenrechtsverletzungen gekommen sei, doch wird geltend gemacht, daß diese nicht systematisch erfolgten und daß bereits Schritte zu deren strafrechtlicher Behandlung eingeleitet worden seien (dazu wird die kürzlich erfolgte Verhaftung eines Offiziers angeführt, der des Mordes und der Vergewaltigung beschuldigt wird). Mit Nachdruck wird der Umstand betont, daß sich die Russische Föderation nicht von Ausenstehenden sagen lassen werde, was sie zu tun habe. Damit einher gehen Klagen über fehlende Objektivität von Teilen der Medien und der internationalen Gemeinschaft. Schließlich gilt das Hauptaugenmerk der Beendigung des Krieges, doch

sei der Weg zur Wiederherstellung des normalen Lebens bereits beschritten.

Einschätzungen

Mein Besuch und insbesondere die detaillierten Beschreibungen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen aus erster Hand, [Seitenwechsel] die mir mitgeteilt und von vielen anderen bestätigt wurden, betreffen eine Reihe von Punkten, die für die MRK von Bedeutung sind.

Erstens gibt es das Prinzip der *Universalität der Menschenrechte*, auf dem basierend die internationale Gemeinschaft Menschenrechtsfragen behandelt. Dessen Kernaussage lautet, daß es keinerlei Selektivität geben darf, wenn es zur Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen kommt. Die Menschen in Tschetschenien können für sich Menschenrechte in Anspruch nehmen, und sie haben ein Recht darauf, daß diese Rechte verteidigt werden, genauso wie die Menschen in Dagestan und in Inguschetien und überall in der Russischen Föderation. Es wäre eine gravierende Ungerechtigkeit, eine Gruppe von Menschen wegen Verbrechen zu dämonisieren, die von wenigen einzelnen begangen wurden.

Zweitens stellt sich die Frage nach der *Verhältnismäßigkeit* der Reaktion von Regierungen in Konfliktsituationen. Das Ausmaß der Streitkräfte und die schweren Waffen, die in Tschetschenien eingesetzt wurden, haben in großem Maße Zivili-

sten das Leben gekostet und umfassende materielle Zerstörungen bewirkt. Doch ein grundlegendes Prinzip für Konfliktsituationen muß es sein, daß die Reaktion in einem Verhältnis zur Bedrohung steht und daß sorgfältigst zivile Schäden vermieden und die Menschenrechte ebenso wie das humanitäre Völkerrecht beachtet werden. Ich habe nicht gezögert, diese Frage der Verhältnismäßigkeit vor der letztjährigen MRK-Sitzung mit Blick auf die Bombardierung des früheren Jugoslawien durch die NATO zu betonen; genauso wenig zögere ich jetzt, die russische Regierung dazu aufzurufen, Abstand zu nehmen vom Einsatz schwerer Waffen in bewohnten Gebieten, wodurch nur das Leben von Zivilisten einem Risiko ausgesetzt ist.

Drittens ist zu fragen nach den *längerfristigen Perspektiven* für die Menschen in Tschetschenien und in der Region des Nordkaukasus. Ich habe meine Aufmerksamkeit während meines Besuchs gemäß meinem Mandat auf Menschenrechtsverletzungen begrenzt. Doch ist nicht zu übersehen, daß – auch wenn die Kämpfe bald ein Ende finden sollten – entmutigende Perspektiven für den Wiederaufbau eines normalen wirtschaftlichen und sozialen Lebens bestehen. Dies ist bereits der zweite gewaltsame Konflikt in Tschetschenien innerhalb von sechs Jahren. Im Ergebnis sind Tau-[Seitenwechsel]sende von Toten, Verwundeten und Vertriebenen zu beklagen sowie eine massive Beschädigung der Infrastruktur zu konstatieren. Es wird nur eine brauchbare Lösung geben, wenn sie gleich-

zeitig klare Planungen für den Wiederaufbau der Infrastruktur, des Wirtschaftslebens und langfristiger Stabilität vorsieht. Hier sind friedliche Verhandlungslösungen unabdingbar. Alle Seiten müssen sich der Gewalt enthalten.

Die russischen Offiziellen begrüßten die *humanitäre Unterstützung* durch die internationale Gemeinschaft, betonten aber, daß weit mehr Hilfe dringend gebraucht werde. Über dieses Problem werde ich morgen bei einem Treffen mit dem UN-Generalsekretär und den Leitern der UN-Organisationen in Rom sprechen. Bei meinen Treffen in Moskau habe ich dazu aufgerufen, daß humanitären Einrichtungen erlaubt wird, ihrer Arbeit ungehindert und sicher nachzugehen, und daß alle noch ausstehenden administrativen Fragen gelöst werden. Die größte Sorge der humanitären Organisationen besteht verständlicherweise hinsichtlich ihrer Sicherheit.

Aus der Perspektive der MRK ist meines Erachtens das dringendste und unmittelbarste Anliegen, von der russischen Regierung eine *angemessene und glaubwürdige Antwort* auf die weitreichenden Vorwürfe schwerer Menschenrechtsverletzungen, auf die beklagten Massentötungen, summarischen oder willkürlichen Hinrichtungen, Gewalt gegen Frauen, Folter, willkürlicher Inhaftierungen und Plünderungen zu erhalten. Bestimmte Untersuchungen wurden eingeleitet und neun Strafverfahren wegen Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung eröffnet. Bleibt man jedoch der Reichweite

der vorgebrachten Anschuldigungen von Gewalttaten gewahr, dem Ausmaß der Verbitterung, des Schmerzes und der Wut in der Bevölkerung, wovon ich Ihnen berichtete, so glaube ich, daß es auch einer anderen Art von Antwort bedarf.

Aus diesem Grund habe ich in meinen gestrigen Moskauer Gesprächen mit Außenminister Ivanov und anderen Offiziellen darauf abgezielt, daß sie im Einklang mit anerkannten internationalen Standards die Errichtung einer breit verankerten unabhängigen nationalen Untersuchungskommission vorantreiben sollten, die sich mit jenen ernsthaften Beschuldigungen befaßt, die bereits vorgebracht wurden, sowie mit allen künftigen vergleichbaren Fällen.

Die Komplexität der inneren Probleme, die von der Besorgnis [Seitenwechsel] über die schweren Verbrechen an unschuldigen Zivilisten in Dagestan herrühren, die im Anschluß an die dortigen Kämpfe geschehen sind – die Verbrechen von Entführungen, Morden und anderer grausamer Handlungen der tschetschenischen Rebellen –, erkenne ich ebenso an wie die Notwendigkeit, gegen terroristische Aktivitäten vorzugehen. Nichtsdestotrotz verbleibt die vorrangige Verantwortung für die beklagten Menschenrechtsverletzungen, wie dies international anerkannt ist, bei der russischen Regierung, und ich bin felsenfest davon überzeugt, daß es von ihr einer tragfähigen und wirkungsvollen Antwort bedarf. Wie der UN-Generalsekretär gestern vor dieser MRK betont hat: Die Men-

schenrechtsbestimmungen des Völkerrechts lassen keinen Zweifel daran, daß jede Regierung den Nachweis erbringen muß, daß sie über ein wirkungsvolles Menschenrechtsschutzsystem verfügt – keine Regierung darf ruhen und kein Volk sich zufrieden geben, bevor dieses Ziel nicht erreicht ist.

Ich habe angeboten, weitreichende Informationen über Modelle nationaler Untersuchungskommissionen zur Verfügung zu stellen, und ich habe den Rat und die Unterstützung von Experten angeboten, sollte sich die russische Regierung dazu entschließen, eine solche Untersuchung in Gang zu setzen.

Bleibt zum Schluß die Frage einer *angemessenen internationalen Reaktion*. Ich zaudere nicht, klar festzustellen, daß im Lichte der mir zur Verfügung gestellten Informationen und meines Besuches in der Region von ernstzunehmenden Anklagen über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen ausgegangen werden muß, die internationale Besorgnis und Aufmerksamkeit rechtfertigen. Insbesondere trifft dies zu im Lichte der Augenzeugenberichte über Massentötungen, summarische Hinrichtungen, Vergewaltigungen und ausgedehnte Plünderungen, verbunden mit dem unverhältnismäßigen Einsatz schwerer Waffen in bewohnten Gebieten. Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß die MRK unlängst im Kontext einer anderen drängenden Situation die Errichtung sowohl einer Nationalen als auch einer

Internationalen Untersuchungskommission empfohlen hat.

Obwohl die primäre Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen klar bei der russischen Regierung liegt, haben die Menschenrechtsmechanismen der UN einschließlich dieser MRK in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt und könnten dies [Seitenwechsel] meines Erachtens im gegenwärtigen Kontext wieder tun. Angesichts des beklagten Ausmaßes der Menschenrechtsverletzungen ist die Zusammenarbeit mit den Mechanismen der MRK von immenser Bedeutung. Mit Blick auf eine verbesserte Einschätzung der Faktenlage dürften insbesondere Überlegungen greifen, Besuche durch Sonderberichterstatter oder Sonderbeauftragte ernsthaft ins Auge zu fassen. In diesem Zusammenhang verstehe ich das Verlangen des Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für Binnenvertriebene und des MRK-Sonderberichterstatters zu Extralegalen, Summarischen oder Willkürlichen Hinrichtungen nach einer Möglichkeit, dieser Region Besuche abzustatten, und ich betone nachdrücklich meinen Wunsch, daß dies in naher Zukunft positiv beschieden wird. Es liegt bei der MRK, potentielle Einsätze anderer Mechanismen ins Auge zu fassen.

Ich begrüße das Einverständnis der russischen Regierung, dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes Zugang zu Haftzonen in Tschetschenien zu gewähren. Ich unterstütze den Vorschlag des Europarates, drei Experten zur Arbeit mit dem

Sonderbeauftragten des Präsidenten, Herrn Kalamov, zur Verfügung zu stellen. Auch bin ich ermutigt durch Schritte, die die OSZE in die Lage versetzen sollen, den Auftrag der Unterstützungsmission zu erfüllen.

Schließlich wurde ich von Außenminister Ivanov eingeladen, in zwei oder drei Monaten meinen Besuch in Moskau, Tschetschenien und dem Nordkaukasus zu wiederholen, um erneut die Situation in Augenschein zu nehmen; ich hoffe sehr, daß ich in der Lage sein werde, diese Einladung anzunehmen.

Aus dem Englischen übersetzt von Franz-Josef Hutter